

Antrag mit Anlagen bitte einsenden an:

Stadt Offenburg
Untere Denkmalschutzbehörde
Wilhelmstraße 12
77654 Offenburg

A n t r a g
auf Ausstellung einer vorläufigen Bescheinigung
gem. §§ 7 i, 10 f und 11 b Einkommensteuergesetz (EStG)

1. Antragssteller

Name, Vorname

Anschrift

Telefon / E-Mail

Wohnsitzfinanzbehörde

- ☐ Eigentümer ☐ sonstiger Bauberechtigter ☐ Vertreter des/der Eigentümers(-in)
☐ eines sonstigen Bauberechtigten

Vertreter müssen auf geeignete Weise (z. B. durch schriftliche Vollmacht) ihre Vertretungs-befugnis nachweisen!

2. Objekt

Die Maßnahmen sollen durchgeführt werden an

- ☐ einem Kulturdenkmal gem. §§ 2, 12 DSchG.
☐ einem Gebäude als Teil einer geschützten Gesamtanlage (§ 19 DSchG).

Genaue Adresse des Objekts (bei Gebäudeteilen zusätzlich genaue Beschreibung):

Kurzbezeichnung der Baumaßnahmen (z.B. Fensterreparatur, Dachsanierung usw.):

Hinweis: Nähere Beschreibung zu Art und Umfang der Maßnahme sind unter Punkt 4 anzugeben.

☐ zutreffendes bitte ankreuzen

3. Baurechtliche Genehmigungen

Zu den Baumaßnahmen vorliegende Genehmigungen
(z.B. denkmalschutzrechtliche Genehmigung oder Baugenehmigung)

Art der Genehmigung:	Datum der Genehmigung:

☐ die oben genannten Genehmigungen sind dem Antrag in Kopie vollständig beigelegt.

Hinweis: Voraussetzung für die Ausstellung einer vorläufigen Bescheinigung ist die Vorlage der denkmalschutzrechtlichen Genehmigung bzw. der Baugenehmigung zu allen Maßnahmen, die mit diesem Antrag vorläufig bescheinigt werden sollen. Ein vollständiges Exemplar der oben aufgeführten Genehmigungen ist deshalb diesem Antrag grundsätzlich beizufügen.

4. Verzeichnis der geplanten Maßnahmen

Bitte verwenden Sie das beiliegende Formular (Anlage – Verzeichnis der geplanten Maßnahmen entsprechend Nr. 4 des Antrags) zur detaillierten Darstellung der geplanten Maßnahmen.

Hinweise:

Nur Maßnahmen, die in dem „Verzeichnis der geplanten Maßnahmen“ eindeutig beschrieben sind und auch entsprechend ausgeführt werden, können letztendlich bescheinigt werden.

Entsprechend § 38 LVwVfG ist bei unvorhergesehenen Bauabläufen bzw. Änderungen an den beantragten Maßnahmen unverzüglich die Bescheinigungsbehörde zu benachrichtigen.

Entsprechend den seit dem 1. März 2017 geltenden Richtlinien für die Erteilung von Bescheinigungen nach §§ 7i, 10f und 11b Einkommenssteuergesetz ist die erforderliche vorherige Abstimmung der Baumaßnahmen zwischen den Beteiligten mit allen erheblichen Daten schriftlich festzuhalten. Mit der vorläufigen Bescheinigung wird die Abstimmung dokumentiert und damit diese Anforderung erfüllt.

Ich versichere pflichtgemäß die Richtigkeit und Vollständigkeit, meiner vorstehenden Angaben, einschließlich meiner Angaben aus den beigelegten Anlagen.

Ort, Datum	Unterschrift des Antragstellers

Anlage - Verzeichnis der geplanten Maßnahmen entsprechend Nr. 4 des Antrags vom

Blatt Nr. von

Denkmalobjekt (Bezeichnung und Anschrift):

Lfd. Nr.	Titel	detaillierte Erläuterung der Maßnahme	Prüfvermerk der Behörde